

Warum Lebensversicherungskunden nicht vor der Inflation zittern müssen

Mit 7,4 Prozent erreichte die Inflation in Deutschland im April ein seit 1973 nicht mehr gesehenes Niveau. Das beunruhigt auch manche Lebensversicherungskunden. Wird die Altersvorsorge jetzt entwertet? Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) gibt Entwarnung: Wer langfristig spare, wie es mit einer Lebensversicherung der Fall ist, merke von einer temporär hohen Inflation am Ende nicht viel. So hätten Berechnungen der Bundesbank gezeigt, dass die jährliche Verzinsung von Lebensversicherungsansprüchen zwischen 1991 und 2020 die Inflation des jeweiligen Jahres immer übertroffen habe. Erst Ende 2021 habe sich dieses Verhältnis umgekehrt. Für kommendes Jahr aber werde bereits wieder mit einer Inflation von unter 3 Prozent gerechnet.

Hinzu kommt die hohe Wahrscheinlichkeit einer Zinswende auch im Euroraum, nachdem die US-Notenbank Fed bereits mit großen Schritten voranzieht. Sobald die Europäische Zentralbank als Reaktion auf die Inflation die Zinsen anhebt, profitieren mittelfristig auch die Überschüsse der Lebensversicherer – und deren Kunden.

Ära der Verwarentgelte vor dem Ende

Sie sind ein stetiges Ärgernis für Banken wie für deren Kunden und beschäftigen bis heute die Gerichte: Verwarentgelte bzw. Negativzinsen auf Bankguthaben. Nun könnte ihr finanzgeschichtliches Intermezzo vor dem Ende stehen. Grund ist die erwartete Zinswende im Euroraum. Derzeit müssen die Banken noch 0,5 Prozent „Strafzinsen“ fürs Geldparken bei der Europäischen Zentralbank entrichten. Weit über 500 Geldhäuser in Deutschland reichen diese Gebühren zumindest teilweise an die Kundschaft weiter. Es wird jedoch allgemein erwartet, dass die Notenbanker den Einlagensatz noch in diesem Jahr auf null hochsetzen werden.

Für diesen Fall haben bereits zahlreiche Banken angekündigt, die Guthabengebühren zu streichen. Eine der größten Direktbanken in Deutschland hebt schon zum 1. Juli den Freibetrag für Privatguthaben auf Giro- und Tagesgeldkonten von 50.000 auf 500.000 Euro an, womit nur noch rund ein Promille der Kundschaft Negativzinsen berappen muss. Auch weitere Banken sind mit vorgeprescht und haben ihre Freibeträge deutlich nach oben gesetzt.

Ist das Haus oder die Wohnung schon wetterfest?

Bis in den September hinein ist in Deutschland mit heftigen Regenfällen zu rechnen. Vor allem im Juli tritt statistisch häufig Starkregen auf, wie auch im vergangenen Jahr bei der Jahrhundert-Flutkatastrophe im Ahrtal. Die Versicherer empfehlen Immobilienbesitzern, jetzt das eigene Risiko zu prüfen und gegebenenfalls Vorkehrungen zu treffen.

Für eine Einschätzung der Mikrolage bieten sich die Online-Tools Naturgefahren-Check und Hochwasser-Check an. Letzterer wurde jüngst um das Starkregen-Risiko ergänzt. Neben der Risikoanalyse bieten die Tools auch Tipps für den präventiven Umgang mit der Gefährdung. „Viele Hausbesitzer sind sich der Bedrohung durch Naturgefahren nicht bewusst. Mit dem

Hochwasser-Check erhalten sie nun auch Informationen, welche Maßnahmen je nach Gefährdung ergriffen werden sollten“, hebt Anja Käfer Rohrbach, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Versicherer-Gesamtverbands GDV, hervor. Eine wichtige Maßnahme bildet jedenfalls eine Naturgefahren- oder Elementarschadenversicherung, die Schäden durch Hochwasser, Starkregen oder Überschwemmung abdeckt. Erst rund die Hälfte des deutschen Immobilienbestands ist derart finanziell geschützt.

Fondsbranche verzeichnet Rekordmonat

Kurz vor der aktuellen, durch den Ukrainekrieg ausgelösten Krise haben deutsche Publikums- und Spezialfonds noch einmal richtig aufgedreht: Über 30 Milliarden Euro flossen ihnen im Januar zu, ein Rekord, wie der Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) vermeldet. Im Februar sank der Wert auf 13 Milliarden, im März schließlich auf 6,4 Milliarden Euro.

Publikumsfonds verzeichneten im ersten Quartal laut dem Analysehaus Morningstar einen Rückgang von rund 50 Prozent. Damit liegt Deutschland immerhin weit unter dem europäischen Schnitt von 80 Prozent.

Weit unter EU-Durchschnitt rangiert dagegen hierzulande der Anteil am Gesamtvermögen in Publikums- und Spezialfonds, der nach nachhaltigen Kriterien angelegt wird (gemäß Artikel 8 oder 9 der EU-Offenlegungsverordnung): Mit 19 Prozent beträgt er laut BVI weniger als die Hälfte der EU-weiten 44 Prozent. Frankreich kommt sogar auf 69 Prozent. Diese Kluft könnte allerdings teilweise auf unterschiedliche Klassifizierungs-Maßstäbe zurückgehen.

IVFP bescheinigt Rentenversicherungen hohe Qualität

In Deutschland gibt es mehr Rentenversicherungsverträge als Einwohner, nämlich über 87 Millionen. Dass die Bundesbürger die (nicht nur steuerlichen) Vorteile der versicherungsförmigen Altersvorsorge zu schätzen wissen, belegen auch die 4,7 Millionen Neuverträge, die im vergangenen Jahr abgeschlossen wurden.

Das Institut für Vorsorge und Finanzplanung (IVFP) hat kürzlich 130 am deutschen Markt erhältliche Rentenversicherungstarife von 47 Anbietern unter die Lupe genommen. Im Fokus der alljährlich durchgeführten Untersuchung standen die vier Teilbereiche Unternehmensqualität (35 Prozent der Gesamtnote), Rendite (30), Flexibilität (25) sowie Transparenz und Service (10). Je nach Gattung (klassisch, Klassik Plus, Index fondsgebunden mit und ohne Garantien sowie Comfort) flossen bis zu 100 Einzelkriterien ein.

Das Ergebnis überzeugt: 50 Tarife erhielten die Spitzennote „exzellent“. IVFP-Geschäftsführer Prof. Michael Hauer konstatiert: „Die Versicherer haben Lösungen gefunden, den Bedürfnissen ihrer Kund:innen in puncto Kapitalanlage zu entsprechen.“

Wird Wohneigentum für Normalbürger unerschwinglich?

Mehr als die Hälfte der kürzlich von einem großen Baufinanzierer befragten Bundesbürger meint, in ihrer Region könne man sich einen Immobilienkauf „gar nicht“ oder „kaum noch“ leisten. Mehr als drei Viertel erkennen am deutschen Immobilienmarkt eine Blase, 65 Prozent empfinden die derzeitigen Marktpreise als „abschreckend“. Lediglich 7 Prozent wollen weiterhin Erwerbspläne verfolgen.

Im ersten Quartal dieses Jahres mussten durchschnittlich 540.000 Euro für den Erwerb oder Bau einer Immobilie auf den Tisch gelegt werden. Das entspricht gegenüber dem Vorjahresquartal einer Steigerung von 14 Prozent, nachdem damals noch 9 Prozent Anstieg p. a. verzeichnet wurden. Großen Anteil an dieser unseligen Entwicklung haben die im letzten Jahr nach oben geschossenen Preise für Baumaterialien und -leistungen. In den Durchschnittswerten verbergen sich unterdessen große Unterschiede: In Metropolen müssen Kaufwillige deutlich tiefer in die Taschen greifen. So kostet eine Immobilie in Hamburg rund 750.000 Euro, in München gar über 900.000 Euro.

Kfz-Unwetterschäden 2021 fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt

Rund 1,7 Milliarden Euro haben die deutschen Versicherer im vergangenen Jahr für Naturgefahren-Schäden an Kraftfahrzeugen gezahlt. Im langjährigen Durchschnitt richten Sturm, Hagel, Blitzeinschläge und Überschwemmungen Kfz-Schäden von rund 900 Millionen Euro an. Dass sich dieser Wert 2021 fast verdoppelt hat, geht zu einem großen Teil auf die Juni-Unwetterserie und die Ahrtal-Sturzflut im Juli zurück. Dementsprechend fiel die Überschwemmungs-Schadensquote in Rheinland-Pfalz mit 4,1 (Schäden pro 1.000 Kaskoverträge) und Nordrhein-Westfalen mit 2,9 exorbitant hoch aus. Alle anderen Bundesländer kommen auf weniger als 0,3. Rund 400 Millionen Euro Schäden wurden von Überschwemmungen verursacht, die verbleibenden 1,3 Milliarden Euro von Sturm, Hagel und Blitzen.

„2021 hat sich erneut gezeigt, dass die Folgen des Klimawandels in Deutschland längst spürbar sind. Schon wenige extreme Wetterlagen können immense Schäden anrichten“, zieht Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Bilanz.

DIN stellt Beratungs-Leitfaden für Nachhaltigkeitspräferenzen vor

Im August tritt eine Richtlinie in Kraft, die bei finanzrelevanter Beratung vorschreibt, die Kunden auch nach ihrer Nachhaltigkeitspräferenz zu befragen: Ist Ihnen ökologische und ethische Nachhaltigkeit bei der Geldanlage und Finanzvorsorge wichtig? Fällt die Antwort positiv aus, muss dies im weiteren Beratungsverlauf berücksichtigt werden. Doch wie eigentlich genau? Wie lassen sich zum Kundenwunsch passende Kategorien, Anbieter und Produkte eingrenzen?

Das Deutsche Institut für Normung (DIN) hat nun gemeinsam mit Marktteilnehmern einen Entwurf für ein Modul namens „Abfrage von Nachhaltigkeitspräferenzen“ veröffentlicht. „Verbraucher werden sehr bald den berechtigten Anspruch stellen, dass ihre Nachhaltigkeitspräferenzen in allen Finanzthemen ihren Niederschlag finden“, umreißt Klaus Möller, Obmann des DIN-Arbeitsausschusses, Anlass und Motivation für das Projekt. Der Beratungsleitfaden soll nicht nur eine gesetzeskonforme Struktur geben, sondern auch sicherstellen, dass eine laienfreundliche Sprache verwendet wird.